

Luzern, 31. März 2026

ANTWORT AUF ANFRAGE**A 576**

Nummer: A 576
Protokoll-Nr.: 409
Eröffnet: 20.10.2025 / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Anfrage Zehnder Ferdinand und Mit. über den Stand der öffentlichen Sicherheit in urbanen Zentren

Zu Frage 1: Welche konkreten Erkenntnisse und Schlüsse zieht der Regierungsrat aus der Entwicklung der Kriminalitätszahlen in den urbanen Zentren des Kantons in den vergangenen zwölf Monaten?

Unser Rat stellt fest, dass sich die Kriminalitätsslage in den urbanen Zentren des Kantons weiterhin dynamisch entwickelt. In diesen Zentren treten bestimmte Kriminalitätsformen früher und ausgeprägter auf, was insbesondere auf die hohe Dichte an Bevölkerung, Verkehr, Arbeitsplätzen sowie die nationale und internationale Vernetzung zurückzuführen ist. Der ländliche Raum ist von den dargestellten Phänomenen jedoch ebenfalls betroffen. Insbesondere Vermögensdelikte und Cyberkriminalität gewinnen an Bedeutung, was auch mit der hohen Personenfrequenz und der zunehmenden Digitalisierung zusammenhängt. Cyberkriminalität stellt dabei eine der grössten Herausforderungen dar und zählt zu den dynamischsten sowie am stärksten wachsenden Deliktsfeldern. Das Spektrum reicht von Betrugsfällen, Nichtlieferungen und Phishing über Social Engineering bis hin zu komplexen Anlagebetrügereien mit Kryptowährungen. Die neu eröffneten Fälle im Bereich Cyber sind von 1643 im Jahr 2022 auf 2495 im Jahr 2025 angestiegen. Sowohl Umfang als auch Komplexität der Verfahren nehmen zu. Die Luzerner Polizei hat deshalb im Aufgaben- und Finanzplan 2025-2028 gezielt vier zusätzliche Stellen für die Bearbeitung und Bekämpfung von Cyberdelikten erhalten.

Zu Frage 2: Wie hat sich die Anzahl der polizeilichen Wegweisungen in den Zentrumsanlagen entwickelt, und welche Deliktarten stehen dabei im Vordergrund?

Im Jahr 2025 sind total 846 Wegweisungen im öffentlichen Raum im ganzen Kanton Luzern erfolgt, davon 811 in Zentrumsanlage. Diese Massnahme musste dabei vor allem im Rahmen von Personenkontrollen wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz, das Übertretungsstrafgesetz, städtische Reglemente der Stadt Luzern – etwa zur Nutzung des öffentlichen Grundes oder zum Taxireglement – sowie bei Ladendiebstahl angewandt werden.

Zu Frage 3: Welche Bereiche der öffentlichen Sicherheit sind besonders betroffen (Gewalt, Drogendelikte, Eigentumsdelikte, Belästigungen usw.)?

Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wird insbesondere durch offen sichtbaren Drogenhandel und öffentlichen Drogenkonsum an stark frequentierten Orten beeinflusst. Zudem nehmen kleinere Raubdelikte unter Gewaltandrohung sowie Telefonbetrugsfälle – vor allem zulasten älterer Menschen – zu. Nachfolgend vier Bereiche, die die öffentliche Sicherheit besonders betreffen:

- Vermögensdelikte: Nach den pandemiebedingt verzerrten Jahren zeigt sich wieder ein klarer Anstieg. Besonders stark zugenommen haben Einbruchdiebstähle, Ladendiebstähle sowie Entreissdiebstähle. Dies weist auf eine insgesamt steigende Eigentumsriminalität hin.
- Betäubungsmitteldelikte: Sinkende Preise und hohe Verfügbarkeit von Kokain führen zu steigendem und jüngerem Konsum, teils in aggressiveren Konsumformen (Crack/Base). Die Folgen sind mehr Gewalt- und Beschaffungsdelikte sowie sichtbarer Drogenkonsum im öffentlichen Raum.
- Jugendkriminalität / Gewalt: Soziale Medien ermöglichen kurzfristige Mobilisierungen grosser Gruppen und begünstigen Störungen im öffentlichen Raum. Gewaltdelikte unter Jugendlichen – teilweise unter Einsatz von Messern – nehmen zu. Problematische Trends verstärken diese Entwicklung.
- Sexualdelikte: Die Verlagerung des Sexgewerbes in private Wohnungen (unter anderem Kurzzeitvermietungen wie Airbnb) führt zu Verunsicherung im Wohnumfeld und begünstigt Begleitdelikte wie Betäubungsmittelhandel, Lärm- und Ordnungsstörungen. Zudem werden vermehrt sexuelle Belästigungen im öffentlichen Verkehr sowie Übergriffe an öffentlichen Orten (zum Beispiel Bahnhöfen) festgestellt, was das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich beeinträchtigt.

Zu Frage 4: Welche Ursachen identifiziert der Regierungsrat für die verschlechterte Sicherheitslage?

Veränderungen bei der subjektiven und objektiven Sicherheit ergeben sich immer durch ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Die Kriminalstatistik zeigt einen tatsächlichen Anstieg von Delikten und zudem bestehen klare Hinweise, dass sich die organisierte Kriminalität oder international agierende Banden weiter ausbreiten. Gleichzeitig beeinflussen geopolitische Spannungen sowie die mediale Berichterstattung über Gewalt und Krieg das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zusätzlich.

Zu Frage 5: Welche konkreten Mittel und Massnahmen werden zur Ursachenbekämpfung eingesetzt?

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der präventive und repressive Massnahmen gleichermaßen umfasst. Dabei kommt der präventiven Polizeiarbeit eine zentrale Bedeutung zu. Durch eine verstärkte sichtbare Präsenz an sicherheitsrelevanten Orten – insbesondere bei Grossveranstaltungen und in urbanen Zentren – sowie durch lageabhängige Kontrollen und gezielte Interventionen wird das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt und potenziellen Straftaten frühzeitig entgegengewirkt.

Weitere Lösungsansätze, die bereits in Umsetzung sind:

- Start eines Projekts, mit welchem die Flexibilität erhöht werden soll und in welchem die Möglichkeiten von Effizienzsteigerungen eruiert werden (REFLEX)
- Das Managementinformationssystem MIS zur gezielten Wirkungsanalyse weiterführen ausbauen
- Vermehrte interkantonale Zusammenarbeit (Sonderkommission Zentralschweiz, Organisation für Polizeitechnik und -informatik Schweiz (PTI) etc.
- Diskussion über Leistungserbringung weiterführen (Verzichtsplanung)
- Umlagern im Rahmen der bestehenden Ressourcen
- Bewilligte Stellenaufstockung umsetzen
- Stationierungskonzept umsetzen
- Sicherheitszentrum Rothenburg (Durch die Bündelung diverser Dienste an einem Ort entstehen Synergien: kurze Wege, einfachere Abläufe, höhere Polizeipräsenz und effizientere Notfalldienste dank der integrierten Leitzentrale.)

Zu Frage 6: Wie wird die Zusammenarbeit zwischen Polizei, SIP, Sozialdiensten, Suchtberatung und anderen relevanten Stellen koordiniert?

Die Zusammenarbeit zwischen der Luzerner Polizei, SIP, Sozialdiensten, Suchtberatung und weiteren relevanten Stellen ist institutionalisiert und erfolgt über regelmässige Koordinationsgefässe wie die städtische Arbeitsgruppe Sicherheit sowie das [Koordinationsgremium Sucht](#). Diese Gremien gewährleisten den strukturierten Informationsaustausch, die Abstimmung von Massnahmen und die gemeinsame Lagebeurteilung. Ergänzend findet auf operativer Ebene ein laufender, bedarfsorientierter Austausch statt, insbesondere bei aktuellen Entwicklungen oder spezifischen Fragestellungen. Die genannten Stellen sind in unterschiedlicher Ausprägung aktuell auch in die Umsetzung des von Kanton und Stadt Luzern gemeinsam erarbeiteten [Strategie- und Massnahmenberichts zum Umgang mit Crack](#) involviert.

Zu Frage 7: Welche präventiven Ansätze verfolgt der Regierungsrat zur nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage?

Brennpunkte wie der Europaplatz, das Inseli und die Ufschöttli werden durch die Luzerner Polizei gezielt und intensiv bewirtschaftet. Die verstärkte präventive Präsenz trägt wesentlich dazu bei, Gewaltdelikte frühzeitig zu verhindern und kritische Situationen rasch zu entschärfen. Ergänzend führt die Polizei seit 2022 regelmässig Präventionsaktionen unter dem Titel «Sicher im Ausgang» durch. Diese stossen in der Bevölkerung auf positive Resonanz und werden in Zusammenarbeit mit der Bar- und Clubkommission auch über Bildschirme in der Luzerner Clubszene verbreitet, um die Sensibilisierung weiter zu erhöhen.

Im Aufgaben- und Finanzplan 2026-2030 ([B 63](#)) sind zusätzliche Stellen im Bereich der Prävention eingestellt: Der Bereich Jugendprävention wurde im Jahr 2026 um zwei Stellen erweitert.

Zu Frage 8: Sind zusätzliche personelle oder finanzielle Ressourcen für die Polizei oder andere Sicherheitsbehörden vorgesehen?

Die personelle Erweiterung läuft gemäss Planungen Organisationsentwicklung 2030 Luzerner Polizei ([oe2030](#)). Trotz der vorgesehenen personellen Aufstockungen wird die Luzerner Polizei aufgrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums und der damit verbundenen Mehrbelastung weiterhin vor Kapazitätsgrenzen stehen. Eine konsequente Prioritätensetzung bleibt daher unerlässlich. Weitere Prioritäten bei der Stärkung der Polizeiarbeit werden jeweils über den Aufgaben- und Finanzplan angezeigt.

Zu Frage 9: Wie wird die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in diesem Bereich gestaltet?

Der Regierungsrat betont die hohe Bedeutung von Community Policing als zentrales Element der bürgernahen Polizeiarbeit: Fachspezialistinnen und -spezialisten sind in den Gemeinden verankert, gut ansprechbar und tragen durch ihre Präsenz zur Früherkennung von Brennpunkten und zur Stärkung von Vertrauen und Sicherheit bei. Dieses präventive Engagement fördert den Austausch mit Bevölkerung, Vereinen, Gewerbe und Behörden und ermöglicht eine koordinierte polizeiliche Reaktion vor Ort.

Im Rahmen der neu initiierten Sicherheitsdialoge wird die Zusammenarbeit mit den Gemeinden weiter vertieft. Die Justiz- und Sicherheitsdirektorin informiert gemeinsam mit der Luzerner Polizei über Leistungen der Polizei, Herausforderungen der Sicherheitslage und Massnahmen wie Community Policing. Ziel ist es, das gemeinsame Sicherheitsverständnis zu stärken und im Dialog mit den Gemeinden konkrete Bedürfnisse und Erkenntnisse auszutauschen (vgl. [Medienmitteilung vom 15. Januar 2026](#)).

Zu Frage 10: Über welche langfristige Strategie verfügt der Regierungsrat zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in urbanen Zentren?

Die Strategie wird jeweils im Legislaturprogramm festgehalten ([B 1](#)); die [Legislaturziele](#) für die öffentliche Sicherheit und Ordnung finden sich auf Seite 10. Unser Rat setzt auf eine Kombination aus präventiven, repressiven und partnerschaftlichen Massnahmen. Dazu gehören eine sichtbare Polizeipräsenz, gezielte Schwerpunktsetzung sowie konsequente Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Partnerorganisationen und der Bevölkerung im Sinne von Community Policing weiter gestärkt, um die öffentliche Sicherheit in den urbanen Zentren nachhaltig zu gewährleisten.

Zu Frage 11: Welche Rolle spielen städtebauliche Massnahmen und die Gestaltung des öffentlichen Raums bei der Kriminalitätsprävention? Wie wird der Erfolg der ergriffenen Massnahmen evaluiert und überwacht?

Städtebauliche Massnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Kriminalprävention, da übersichtliche, gut beleuchtete und belebte öffentliche Räume Tatgelegenheiten reduzieren und das Sicherheitsgefühl stärken. Die Luzerner Polizei berücksichtigt diese Aspekte in ihrer Beratungstätigkeit und überprüft die Wirkung entsprechender Massnahmen anhand von Lagebild und Kriminalstatistik.